Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Gas-Notfallplan der Kommission: Neues Spardiktat der EU
2. Nord Stream 1: Wladimir Putin droht mit weniger Gaslieferungen
3. Energie-Proteste: Fast jeder zweite Deutsche will demonstrieren
4. Kalte Wohnungen, rationierter Strom: Spiegel vergleicht Habeck mit Ceaușescu
5. Baerbock: „Krieg ist Booster für Ausbau der erneuerbaren Energien"
6. Politisches Chaos in Italien: Draghi gewinnt Vertrauensabstimmung – Rücktritt trotzdem wahrscheinlich
7. Die USA ziehen den Westen in eine Auseinandersetzung mit China hinein
8. Sturz ausländischer Regierungen ist fester Bestandteil der US-Außenpolitik
9. Deutschlands Traditionspartner
10. Die Agrarindustrie nutzt den stockenden Welthandel, um Preise hochzutreiben
11. Impfschäden nach Covid-Impfung: Ein Fachanwalt sorgt bei Betroffenen für Schadensersatz
12. Reicht bei weitem nicht: Tarifvertrag für Unikliniken NRW
13. Warum die Hitzewelle die ohnehin angespannte Lage in Krankenhäusern verschärft
14. Erwerbslose: Hartz IV heißt hungern
15. Unter falschem Namen
16. Erster Test für Cell Broadcast: Bundesweiter Warntag erneut verschoben
17. 80 Prozent aller US-Amerikaner haben Glyphosat im Urin

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Gas-Notfallplan der Kommission: Neues Spardiktat der EU**
   Die EU erstellt einen Gas-Notfallplan nach deutschen Interessen. Sparen sollen auch

Länder, die gar kein Gas aus Russland beziehen.
Es dürfte im kommenden Winter nicht mehr reichen, die Gasheizung herunterzudrehen und die Raumtemperatur auf 19 Grad zu senken. Vielmehr muss der Gasverbrauch drastisch reduziert werden, und das sofort: Dies fordert die EU-Kommission in ihrem Notfallplan, der am Mittwoch in Brüssel vorgestellt wurde.
Hinter dem wohlklingenden Titel „Save gas for a save winter“ („Gas sparen für einen sicheren Winter“) verbirgt sich ein harter Eingriff. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mischt sich nicht nur in nationale Kompetenzen in der Energiepolitik ein. Sie will künftig sogar den Gasnotstand ausrufen dürfen. Dann nämlich, wenn Gazprom seine Lieferungen ganz einstellt oder es zu großen Engpässen kommen sollte.
Konkret geht es darum, dass alle 27 EU-Staaten ihren Gasverbrauch um 15 Prozent senken sollen – auch jene, die kaum Gas nutzen oder schon gespart haben. Die Entzugskur soll bereits am 1. August beginnen und bis Ende März 2023 dauern. Als Vergleichsbasis dient der Schnitt der letzten fünf Jahre. Die Einsparungen sollen zur Not auch gegen den Willen der betroffenen Länder erzwungen werden. Als Grundlage für diese Zwangsmaßnahme dient Artikel 122 des EU-Vertrags, eine Art Notstandsklausel für den Energiebereich.
Quelle: Eric Bonse in der taz

2. **Nord Stream 1: Wladimir Putin droht mit weniger Gaslieferungen**
Der russische Präsident will, dass Russland die von Kanada reparierte Turbine für die Nord Stream 1 zurückerhält. Andernfalls würden die Gaslieferungen weiter gekürzt.
Der russische Präsident Wladimir Putin droht damit, die russischen Gaslieferungen weiter abzusenken. Sollte Russland eine in Kanada reparierte Turbine für die Ostseepipeline Nord Stream 1 nicht zurückerhalten, könnte Ende Juli die tägliche Durchlasskapazität der Leitung nochmals deutlich fallen, sagte Putin der Staatsagentur Tass zufolge. “Wir haben noch eine fertige Trasse – das ist Nord Stream 2. Die können wir in Betrieb nehmen.”
Die Pipeline Nord Stream 1 ist die wichtigste Gasleitung von Russland nach Deutschland. Sie wurde 2011 in Betrieb genommen und hat eine Kapazität von rund 55 Milliarden Kubikmeter pro Jahr. Seit Juni hat Russlands staatlicher Energiekonzern Gazprom die Gaslieferungen nach Deutschland allerdings um mehr als die Hälfte der täglichen Höchstmenge auf 67 Millionen Kubikmeter reduziert.
Fehlende Turbine
Begründet wurde dies mit der fehlenden Turbine von Siemens Energy, was Bundeskanzler Olaf Scholz als vorgeschoben kritisierte. Derzeit ist die mehr als 1.200 Kilometer lange Pipeline zudem wegen alljährlicher Wartungsarbeiten völlig stillgelegt – planmäßig bis Donnerstag.
Sollte Russland die reparierte Turbine nicht zurückerhalten, drohe Ende Juli wegen

der notwendigen Reparatur eines "weiteren Aggregats" die tägliche Durchlasskapazität der Pipeline noch weiter zu fallen auf 33 Millionen Kubikmeter pro Tag, sagte Putin.
Quelle: Zeit Online

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Also nach meinem Leseverständnis sagt Putin zwei Dinge: a) wenn Gazprom die in Kanada reparierte Turbine nicht zurückerhält, dann kann die Pipeline nicht die gewünschte, normale Menge Gas liefern. Ob das stimmt oder nicht (manche behaupten, Gazprom hätte genügend Ersatzturbinen), kann ich nicht überprüfen, aber es klingt nach einem technisch nachvollziehbaren Argument, nicht nach einer Drohung. b) bietet Putin an, die Pipeline Nord Stream 2 in Betrieb zu nehmen, die aktuell neu und ungenutzt herumliegt und dieselbe Kapazität hat wie Nord Stream 1, also definitiv dafür sorgen könnte, dass Deutschland und die EU genügend Gas erhalten. Für mich ein sehr freundliches Angebot (natürlich gegen Geld, so ist das im Kapitalismus), das die aktuellen Sorgen um eine Gasnotlage mit einem Federstrich aufheben könnte. Wie man daraus die Überschrift "Wladimir Putin droht mit weniger Gaslieferungen" stricken kann, obwohl Putin wie sauer Bier *deutlich mehr Gas* anbietet, ist nicht verstehbar. Die Bundesregierung ist verrückt geworden, die EU unter von der Leyen desgleichen, und die Journaille ist komplett durchgedreht und steigert sich in eine irrationale Schreckenswelt hinein. Die einzige "Drohung", die ich in Putins Angebot finden kann, ist, dass die sinnlose bewusste Selbstkasteiung und Selbstzerstörung der EU-Volkswirtschaften und -Gesellschaften gestoppt werden müssten. Putin ist aber echt ein abgefeimter Schurke.*

3. **Energie-Proteste: Fast jeder zweite Deutsche will demonstrieren**
   Bundesinnenministerin Nancy Faeser kündigt an: „Wir sind vorbereitet, auch auf mögliche neue Protestgeschehen."
   Fast jeder zweite Bundesbürger will wegen der hohen Energiepreise auf die Straße gehen, wenn es zu Demonstrationen kommt. Laut einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa sagten 44 Prozent aller Befragten, sie würden „sicher oder mit großer Wahrscheinlichkeit an Demonstrationen gegen die hohen Energiepreise teilnehmen". Das berichtet die Bild-Zeitung.
   Vor allem Wähler der FDP (50 Prozent), der Linken (60 Prozent) und der AfD (72 Prozent) halten Proteste offenbar für notwendig und wollen an solchen Demos teilnehmen. Von allen Befragten insgesamt lehnen allerdings auch 50 Prozent eine Demo-Teilnahme ab. Die Begründung hierfür wurde nicht genannt.
   Quelle: Berliner Zeitung
4. **Kalte Wohnungen, rationierter Strom: Spiegel vergleicht Habeck mit**

Ceaușescu
Rumäniens einstiger "Führer" Nicolae Ceaușescu stand in den 80er Jahren für Personenkult und eine skrupellose Diktatur. Das Volk litt in Armut. Im Winter gab es nur stundenweise Strom und Wärme, die Temperaturen wurden von oben verordnet. Das Nachrichtenmagazin Der Spiegel sorgte nun mit einem Vergleich für Aufregung. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hatte kürzlich in den ARD-Tagesthemen zur Gaskrise gesagt:
"Wenn die Speichermengen nicht zunehmen, dann werden wir weitere Maßnahmen zur Einsparung vornehmen müssen. Zur Not auch gesetzlich."
Offenbar eine Steilvorlage für das Nachrichtenmagazin, um einen Vergleich mit dem ehemaligen rumänischen Machthaber Nicolae Ceaușescu zu ziehen. Dieser soll 1985 per Dekret drastische Energiesparmaßnahmen in Rumänien verkündet haben, wie Der Spiegel im selben Jahr berichtet hatte. Dazu zählte laut dem Nachrichtenmagazin die Anordnung, dass jeder Bürger nur noch einen Raum seiner Wohnung mit einer Glühbirne von höchstens 40 Watt beleuchten dürfe. Zudem dürften die Temperaturen in Privatwohnungen und Büros zwölf Grad Celsius nicht überschreiten.
In seinem aktuellen Beitrag zur Gaskrise schrieb Der Spiegel nun in seinem Teaser:
"Rumäniens Diktator ließ sein Volk einst bei einer Raumtemperatur von zwölf Grad bibbern. Wirtschaftsminister Habeck hat nun auch eine Drosselung von Privatheizungen angedeutet. Wäre das technisch überhaupt umsetzbar?"
Weiter unten im Text des Nachrichtenmagazins heißt es weiter:
"Werden die Haushalte mitten im Winter womöglich vorübergehend von der Versorgung abgeklemmt? Verfügt Habeck von seinem Amtssitz in der Berliner Scharnhorststraße aus Zwangsmaßnahmen für Bürger, mit denen einst auch der rumänische Diktator Nicolae Ceaușescu sein Volk drangsalierte?"
Daraufhin hagelte es sofort Kritik für das Nachrichtenmagazin. (…)
Andere Kommentatoren feierten dagegen den Vergleich des Magazins. Die vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingeordneten "Freien Sachsen" schrieben auf Telegram von einer "plötzlichen Sternstunde des Spiegels": gelegentlich gebe es doch noch "Lichtblicke im medialen Einheitsblock".
Der Spiegel reagierte und ruderte zumindest beim Teaser wieder zurück. Auf Twitter schrieb das Nachrichtenmagazin:
"Wir haben Zeile und Teaser des Textes auf spiegel.de angepasst, weil die dort verwendete Verkürzung überspitzt und missverständlich war. Deshalb wir auch den ursprünglichen Tweet zum Artikel gelöscht und teilen den Text an dieser Stelle noch einmal."
Allerdings findet sich der Vergleich mit Ceaușescu nach wie vor weiter unten im Text des Artikels.

Quelle: RT DE

5. **Baerbock: „Krieg ist Booster für Ausbau der erneuerbaren Energien“**
   Annalena Baerbock hat klargestellt, dass Deutschland trotz des Kriegs in der Ukraine seine Klimaschutzziele einhalten will. „Die Klimakrise ist das größte Sicherheitsproblem für alle Menschen dieser Erde,“ sagte die Außenministerin beim Klimadialog.
   Quelle: Handelsblatt

   Anmerkung Christian Reimann: *Diese Begründung ist abenteuerlich und gefährlich. Die Rhetorik von Frau Baerbock ist ein Beispiel für den sich in Deutschland ausbreitenden “Bellizismus”. Interessant für den Ausbau der erneuerbaren Energien ist z.B. diese Passage auf Seite 59 des Koalitionsvertrages der Ampel-Parteien:*

   > “Wir beschleunigen den massiven Ausbau der Erneuerbare Energien und die Errichtung moderner Gaskraftwerke, um den im Laufe der nächsten Jahre steigenden Strom- und Energiebedarf zu wettbewerbsfähigen Preisen zu decken. Die bis zur Versorgungssicherheit durch Erneuerbare Energien notwendigen Gaskraftwerke müssen so gebaut werden, dass sie auf klimaneutrale Gase (H2-ready) umgestellt werden können. Erdgas ist für eine Übergangszeit unverzichtbar.”

6. **Politisches Chaos in Italien: Draghi gewinnt Vertrauensabstimmung – Rücktritt trotzdem wahrscheinlich**
   Ministerpräsident Mario Draghi hat das Votum mit 95 Ja- und 39 Neinstimmen gewonnen. Aber: Drei Parteien seiner Koalition haben ihm das Vertrauen entzogen. Neuwahlen scheinen deshalb realistisch.
   Italiens Ministerpräsident Mario Draghi hat bei der Vertrauensabstimmung im Senat die von ihm gewünschte breite Zustimmung deutlich verfehlt. Der 74-Jährige gewann zwar am Mittwochabend in Rom das Votum mit 95 Jastimmen bei 39 Neinstimmen, seine großen Regierungsparteien Lega, Forza Italia und die Fünf-Sterne-Bewegung stimmten jedoch nicht mit ab. Damit ist es wahrscheinlich, dass Draghi erneut seinen Rücktritt bei Staatschef Sergio Mattarella anbieten könnte.
   Quelle: DER SPIEGEL
7. **Die USA ziehen den Westen in eine Auseinandersetzung mit China hinein**
   Hätte China gegenüber der russischen Militäroperation keine wohlwollende Neutralität eingenommen, nicht weiterhin russische Waren gekauft und damit ein

verlässliches strategisches Rückgrat geschaffen, wäre die Fortsetzung der militärischen Offensive Russlands objektiv unmöglich gewesen. Aber ist China der Hauptnutznießer der europäischen Krise wie eingangs gefragt? Für mich lautet die Antwort ganz klar nein. Der aktuelle Verlauf der Ereignisse ist weder nach Pekings Geschmack noch in seinem Interesse. China selbst ist davon überzeugt, dass die USA derzeit praktisch die einzige Partei sind, die auf der Gewinnerseite steht, und betrachtet Washington als Kriegstreiber. (…)
Insgesamt ist die Situation für China kompliziert. Das Land bereitet sich darauf vor, dass seine natürlichen Ambitionen für die Rolle einer Führungsnation in der Welt – das Konzept des "chinesischen Traums" – früher oder später mit Muskeln untermauert werden müssen. Wirtschaftlicher Druck, die Verhängung von Sanktionen gegen China und die aggressive Rhetorik westlicher Staatenlenker in den vergangenen fünf Jahren haben Peking keine andere Wahl gelassen, als sich auf einen zukünftigen Krieg vorzubereiten – unabhängig davon, ob es sich um einen "hybriden" oder einen "Schützengrabenkrieg" handeln wird. Die Ereignisse haben sich jedoch zu schnell entwickelt, und derzeit fühlt sich die Führung in Peking noch nicht bereit, dieselbe Art von entschlossenen Maßnahmen einzuleiten, die Moskau ergriffen hat.
Darüber hinaus glaubt China, dass die Zeit auf seiner Seite ist, und Pekings Aufgabe ist es nun, so lange wie möglich eine neutrale Haltung beizubehalten, seine Streitkräfte aufzubauen und gleichzeitig zu hoffen, dass seine Konkurrenten zunehmend schwächer werden. Das erkennen auch die euro-atlantischen Hauptstädte und üben geopolitischen Druck auf China aus. Die These von der "Unteilbarkeit der Sicherheit im euroatlantischen und indopazifischen Raum" ist bereits in der Rhetorik aufgetaucht und legt effektiv die Schaffung einer "globalen NATO" nahe. Wir bewegen uns also von einer europäischen Sicherheitskrise zu einer wahrhaft globalen.
In der Praxis ist eine globale NATO bereits im Entstehen, und der Madrider Gipfel der US-geführten Militärallianz Ende Juni ist der beste Beweis dafür. Zum ersten Mal in der Geschichte der NATO wurden die pazifischen Staaten – Australien, Neuseeland, Japan und Südkorea – eingeladen. Bemühungen wurden intensiviert, um "Quasi-Allianzen" zu bilden, wie Quad, der quadrilaterale Sicherheitsdialog zwischen den USA, Australien, Japan und Indien, AUKUS, der trilaterale Pakt zwischen den USA, Großbritannien und Australien und die der Blue Pacific Partners bestehend aus AUKUS plus Japan und Neuseeland. Im Gegensatz zur "klassischen NATO", die in China lange Zeit als Überbleibsel des Kalten Krieges und der Konflikte innerhalb des Westens wahrgenommen wurde, haben diese Bündnisse eine eindeutig antichinesische Ausrichtung. Am Ende könnte die aktuelle Ukraine-Krise als ein Nebenschauplatz vor dem Hauptereignis in Erinnerung bleiben.
Quelle: Iwan Suenko in RT DE

8. **Sturz ausländischer Regierungen ist fester Bestandteil der US-Außenpolitik**
„Ich habe bemerkt, dass dieser ehemalige hochrangige US-Beamte, als er über seine Erfahrung mit der Planung von Putschen in anderen Ländern redete, schamlos darüber sprach und sogar stolz darauf war. Das bedeutet, dass der Sturz ausländischer Regierungen tief in den Knochen der US-Außenpolitik verwurzelt ist", sagte Wang Wenbin während einer Pressekonferenz am Montag.
In einem Gespräch mit CNN nach der Kongressanhörung zum Sturm auf das US-Kapitol am 6. Januar 2021 machte Bolton laut Reuters kein Geheimnis daraus, dass er in der Vergangenheit bei der Planung von Putschversuchen im Ausland geholfen hatte: „Als jemand, der bei der Planung von Staatsstreichen geholfen hat – nicht hier, aber an anderen Orten –[kann ich sagen], das ist eine Menge Arbeit."
Boltons Eingeständnis ist sehr aufschlussreich. Führende US-Politiker preisen die so genannte „regelbasierte internationale Ordnung" demnach scheinbar nur zu einem einzigen Zweck an: um sicherzustellen, dass sich die USA problemlos in die Angelegenheiten anderer Länder einmischen und deren Regierungen nach eigenem Gutdünken stürzen können.
Quelle: German.China.org.cn

dazu: **US-Politiker gibt Interventionen im Ausland zu**
John Bolton, ehemaliger Assistent des US-Präsidenten für nationale Sicherheitsfragen, hat vor kurzem in einem Interview mit CNN zugegeben, dass er bei der Planung von Staatsstreichen in anderen Ländern geholfen hat. Dies ist ein weiterer eindeutiger Beweis für die Einmischung der US-Regierung im Ausland und den Export von Unruhen, nachdem neulich das Projekt „127e" von den US-Medien aufgedeckt worden war, das speziell darauf abzielte, die Regierung eines anderen Landes zu stürzen.
Nach Angaben der US-amerikanischen Wissenschaftlerin Lindsey O'Rourke haben die Vereinigten Staaten in den 42 Jahren zwischen 1947 und 1989 64 verdeckte und sechs offene Operationen zu Regierungswechseln in anderen Ländern durchgeführt. Nach dem Ende des Kalten Krieges hätten die USA nicht aufgehört, Regierungen in anderen Ländern zu unterwandern, so O'Rourke. Sie hätten politische Unruhen in Lateinamerika verursacht, sich in den „Arabischen Frühling" eingemischt und „Farbrevolutionen" in Eurasien angestiftet.
Lateinamerika ist von den ausländischen Interventionen der USA am stärksten betroffen. In einem Beitrag in den sozialen Medien kritisierte der ehemalige bolivische Präsident Juan Morales, der auf Druck des Militärs und der Opposition zurückgetreten war, „die USA sind der größte Feind der Demokratie".
Quelle: CRI online

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu auch US-Putsche: Das Bolton-Interview entlarvt auch deutsche Medien.*

9. **Deutschlands Traditionspartner**
   Die Regierungen Bulgariens, das bis vor kurzem den Beginn von EU-Beitrittsgesprächen mit Nordmazedonien verhindert hat, sind jahrelang eng mit deutschen Parteienstiftungen verbunden gewesen. Dies gilt vor allem für die ehemalige Regierungspartei GERB, die mit wenigen Unterbrechungen von 2009 bis 2021 mit Bojko Borissow den Ministerpräsidenten stellte. Auf Borissow ging im November das bulgarische Veto gegen Beitrittsgespräche mit Nordmazedonien zurück, das zu heftigen Spannungen in Südosteuropa geführt hat. Dass die jüngste Aufhebung des Vetos eine wirkliche Lösung des Konflikts bringen könnte, wird von Beobachtern bezweifelt. Bulgarien ist in seiner Geschichte stets eng mit Deutschland verbunden gewesen: Im Ersten und im Zweiten Weltkrieg kämpfte es auf der Seite des Deutschen Reichs; dies ermöglichte es ihm im Zweiten Weltkrieg, Teile des heutigen Nordmazedoniens und Nordgriechenlands zu annektieren. Zu den Politikern, die seit den 1990er Jahren maßgeblichen Einfluss in Sofia ausübten, gehört auch ein deutscher Adelsabkömmling, der – einst Zar – in den 2000er Jahren als Ministerpräsident amtierte.
   Quelle: German Foreign Policy
10. **Die Agrarindustrie nutzt den stockenden Welthandel, um Preise hochzutreiben**
    30 Prozent der Weltbevölkerung fehlt ein ausreichender Zugang zu Lebensmitteln. Das war schon vor dem Krieg in der Ukraine so. Die Vereinten Nationen schlagen Alarm Von dieser Krise sprach man bereits vor dem Ukraine-Krieg. 800 Millionen Menschen, ein Zehntel der Weltbevölkerung, litten ständig unter Hunger. Nach dem aktuellen Welternährungsbericht der Vereinten Nationen The State of Food Security and Nutrition in the World werden es mehr. Um fast 50 Millionen ist die Zahl der Hungernden im Vorjahr gestiegen, seit 2019 gar um 150 Millionen. Nach der „Agenda 2030“ der UN sollte bis 2030 Ernährungssicherheit für alle garantiert sein, danach sieht es nicht aus.
    Im UN-Report werden all jene berücksichtigt, die unter akutem Hunger und Unterernährung leiden. Rund 2,3 Milliarden Menschen waren das 2021 und damit nicht weniger als 29,3 Prozent der Weltbevölkerung. Berücksichtigt man alle, die sich keine gesunde Ernährung leisten können – viele davon leben auch in den reichen Ländern –, kommt man auf 3,1 Milliarden Menschen, ein Drittel der Weltbevölkerung. Und dabei sind die Folgen des Ukraine-Kriegs noch gar nicht erfasst.
    Quelle: der Freitag

11. **Impfschäden nach Covid-Impfung: Ein Fachanwalt sorgt bei Betroffenen für Schadensersatz**
Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat zum ersten Mal öffentlich über mögliche Impfschäden informiert. Rechtsanwalt Cäsar-Preller erklärt die juristische Brisanz.
Herr Cäsar-Preller, Sie vertreten als Anwalt mehrere Menschen, die nach ihrer Impfung unter Langzeitfolgen leiden. Nun hat Gesundheitsminister Karl Lauterbach kürzlich bei Twitter das erste Mal offiziell darüber informiert, dass Corona-Impfstoffe, also auch die mRNA-basierten, zu schweren Nebenwirkungen führen können. Davor sprach der SPD-Politiker stets von „nebenwirkungsfreien" Vakzinen. Wie bewerten Sie das juristisch?
Diese Kehrtwende des Gesundheitsministers war absolut notwendig. Juristisch bedeutet das einiges. Es könnte jetzt zu Amtshaftungsansprüchen gegen die Bundesrepublik Deutschland oder gegen einzelne Bundesländer kommen. Geschädigte könnten somit Schadensersatzleistungen erstreiten.
Wenn über anderthalb Jahre eine Kampagne mit diversen Aussagen über die Nebenwirkungsfreiheit eines Medikamentenimpfstoffes läuft, wundert es mich nicht, dass auch Herr Lauterbach jetzt zugeben musste, dass es das nicht gibt. Als Arzt muss er ja wissen, dass es kein Medikament ohne Nebenwirkungen gibt. Da lastete sicherlich auch ein Druck auf ihm.
Quelle: Handelsblatt

dazu auch: **Verdacht auf Nebenwirkungen**

> Korrektur: Die Melderate für schwerwiegende Reaktionen beträgt laut @PEI_Germany 0,2 Meldungen pro 1.000 Impfdosen.
>
> — Bundesgesundheitsministerium (@BMG_Bund) July 20, 2022

12. **Reicht bei weitem nicht: Tarifvertrag für Unikliniken NRW**
Das ist ein hart erkämpfter Tarifabschluss, und was er in der Praxis wert ist, muss sich erst noch zeigen. Nach elf Wochen mit 77 Streiktagen haben die Beschäftigten der -Universitätskliniken in NRW ihren Tarifvertrag Entlastung. Feste Personalschlüssel, bei deren Unterschreitung zusätzliche freie Tage fällig werden, sollen nicht allein auf den Stationen für Pflegekräfte gelten, sondern auch für Therapiebereiche, Betriebskitas, Radiologie und Auszubildende. Ausgespart bleiben aber viele andere

Beschäftigte etwa in den Servicebereichen Küche und Reinigung, Technik und Ambulanzen. Diese Spaltung der Belegschaften in Begünstigte mit extra freien Tagen und den Habenichtsen, deren Abteilungen lediglich etwas mehr Personal erhalten sollen, könnte noch Zündstoff bergen: Das wird sich erst mit der allmählichen Umsetzung des Tarifvertrages im Klinikalltag zeigen.
Allmähliche Umsetzung – das ist ein weiterer Knackpunkt des schwer erstrittenen Abschlusses, musste doch die Verdi-Tarifkommission den Klinikleitungen anderthalb Jahre zugestehen, in denen sie die erforderlichen IT-Systeme für die genaue Erfassung der Personalschlüssel und aus deren Unterschreitung fällig werdenden Punkte für die - zusätzlichen freien Tage aufbauen sollen. Bis dahin gibt es lediglich pauschal fünf freie Tage im Jahr extra. In Berlin war insbesondere die Charité erheblich schneller bei der Umsetzung eines vergleichbaren Tarifvertrages, und auch beim landeseigenen Klinikkonzern Vivantes geht dieser Tage das im vergangenen Jahr vereinbarte - Belastungsausgleichssystem an den Start.
Quelle: junge Welt

13. **Warum die Hitzewelle die ohnehin angespannte Lage in Krankenhäusern verschärft**
Die aktuelle Hitzewelle, die neben Deutschland vor allem Südeuropa erfasst hat, erfordert nach Ansicht von Gesundheitsexperten staatliche Programme und ein Umdenken in der Gesundheitspolitik. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) warnte nun vor einer steigenden Belastung des Krankenhauspersonals. Notwendig sei unter anderem ein Investitionsprogramm, damit Klinikgebäude durch bauliche Veränderungen besser gegen Hitze geschützt werden können.
"Falls wirklich die Rekordwerte eintreten, die Meteorologen derzeit für die nächste Woche vorhersagen, werden wir mit einer hohen Zahl an hitzebedingten Krankenhausfällen rechnen müssen", so der DKG-Vorstandsvorsitzende Gerald Gaß am heutigen Mittwoch gegenüber dem Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND).
Zu erwarten seien neben Menschen mit Flüssigkeitsmangel Patientinnen und Patienten mit Herzrhythmusstörungen oder Blutdruckproblemen. Auch sei mit einer Zunahme von Magen-Darm-Infekten zu rechnen.
Quelle: Telepolis

14. **Erwerbslose: Hartz IV heißt hungern**
Bundesarbeitsminister präsentiert vage Pläne für geplantes Bürgergeld. Koalitionspartner für harte Sanktionen und gegen Regelsatzerhöhung
Hubertus Heil bleibt hart. Der Bundesarbeitsminister lässt die Ärmsten in der Gesellschaft im Stich. Statt auf die Rekordinflation mit deutlichen Steigerungen der ALG-II-Regelsätze zu reagieren, hat die Regierung für Erwerbslose nur warme Worte übrig.

Am Mittwoch stellte Heil die Eckpunkte für das »Bürgergeld« vor, das das bisherige Hartz-IV-System ablösen soll. Fest steht: Mehr Geld gibt es frühestens im nächsten Jahr, und festlegen, wie hoch die Sozialhilfe ausfallen wird, wollte sich Heil auch nicht. Im Mai hatte der Minister eine Anhebung der monatlichen Zahlungen im Bürgergeld um 40 bis 50 Euro in Aussicht gestellt, zuletzt aber nur noch von einer »deutlichen Erhöhung« gesprochen.
Sozialverbände fordern hingegen Hilfen, die den Namen verdienen.
Quelle: junge Welt

15. **Unter falschem Namen**
Französische Ministerin war Direktorin einer Spezialfirma – Auftrag: Manipulation der öffentlichen Meinung zugunsten von Uber und Co.
Die ganz spezielle Pariser Firma, die sich zunächst Istrat und später Avisa Partners nannte, ist nicht nur in Frankreich wohlbekannt. Sie lebt, wie sich in den vergangenen Wochen ganz offensichtlich herausstellte, von der Manipulation der öffentlichen Meinung. Und sie betreibt ihr Geschäft für Regierungen, weltweit handelnde Konzerne, aber auch für die EU-Kommission und sogar für die NATO. In der französischen Hauptstadt fiel das Unternehmen zuletzt vor allem deshalb auf, weil seine frühere Direktorin, Olivia Grégoire, im Moment beigeordnete Ministerin für kleine und mittlere Unternehmen in der Regierung der Premierministerin Élisabeth Borne ist und weil Grégoire im Mai und Juni sogar Sprecherin dieser Regierung war. Auch weil ihre alte Firma einen Kunden hatte – den berüchtigten kalifornischen Fahrdienstvermittler Uber – den der aktuelle Staatschef Emmanuel Macron besonders förderte, in seiner Zeit als Wirtschaftsminister unter dem sozialdemokratischen Präsidenten François Hollande.
In den Jahren 2014 und 2015 war das – in Macrons Ministerium an der Seine gingen die Gesandten des US-Startups ein und aus, herzlichst empfangen vom heutigen ersten Mann der Nation. Bei Avisa Partners war seit 2013 eine neue Chefin in den Betrieb gekommen. Olivia Grégoire, die für etwas mehr als ein Jahr lang dabei half, für die zahlreichen Kunden schöne Artikel unter falschen Autorennamen in der Presse zu plazieren; wenn möglich in Publikationen, die sich der Ökonomie des Landes verschrieben haben und die, in der Regel, dem rechten und ganz rechten politischen Lager zuzuordnen sind. Auf den Seiten der Wirtschaftsblätter Challenges und Les Echos, aber auch die eher linken Dienste Mediapart und Le Journal du Net »passierend«, wie die Pariser Tageszeitung Le Monde die publizistische Spur der Firma vor einer Woche beschrieb, machten sich die Schreiber der Avisa Partners breit und lobten, unter vielen anderen, den damals heftig kritisierten Transportpiraten Uber.
Quelle: junge Welt

16. **Erster Test für Cell Broadcast: Bundesweiter Warntag erneut verschoben**
    Der nächste Warntag soll am 8. Dezember stattfinden, nachdem er 2021 ganz ausgefallen war. Erstmals soll eine Warnmeldung direkt aufs Handy versendet werden. Die Innenminister von Bund und Ländern haben nach langem Hin und Her beschlossen, dass der offizielle bundesweite Warntag 2022 am 8. Dezember stattfinden soll. Ursprünglich war der 8. September dafür vorgesehen, nachdem der gemeinsame Aktionstag wegen nicht funktionsfähiger Technik 2021 ausgefallen war. Dafür soll dieses Jahr auch der hierzulande neu eingeführte Warnkanal Cell Broadcast erstmalig getestet werden.
    Ziel des Warntags ist es, die Menschen in Deutschland über die unterschiedlichen Warnmittel in Gefahrensituationen zu informieren und damit auch stärker auf den Bevölkerungsschutz insgesamt aufmerksam zu machen. Dass hier großer Nachholbedarf besteht, war nicht zuletzt bei der Flutkatastrophe im Ahrtal unter tragischen Umständen aufgefallen. Um 11 Uhr sollen daher die beteiligten Behörden und Einsatzkräfte in den Kreisen, Städten und Gemeinden in einer Übung ihre Sirenen & Co. zeitgleich aktivieren.
    Quelle: Heise Online
17. **80 Prozent aller US-Amerikaner haben Glyphosat im Urin**
    Glyphosat ist möglicherweise krebserregend. Dass so viele das Herbizid im Körper haben, ist beunruhigend, vor allem bei Kindern. Vier von fünf Einwohnern der USA haben das Herbizid Glyphosat im Urin. Das geht aus einer Untersuchung der US-Behörde CDC (Centers for Disease Control and Prevention) hervor. Für Fachpersonen ist das nicht überraschend. Bei Einzelanalysen werden schon seit Jahren hohe Glyphosat-Werte im Urin gemessen. Nun gibt es eine repräsentative Untersuchung.
    Quelle: Infosperber